

VEREINS=ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

In den preußischen Fabrikinspektionsberichten

findet sich außerordentlich wenig, was die Verhältnisse unseres Berufes betrifft. Im Regierungsbezirk Arnsberg wurde festgestellt, daß die Abzugsvorrichtungen für schädliche Dämpfe und Dämpfe vielfach mangelhaft oder überhaupt nicht vorhanden seien, die Beamten der Gewerbeaufsicht Iserlohn haben beispielsweise in 57 Fällen Vorschriften über die Abführung schädlicher Gase in den Betrieben für Eisen und Stahlrohre und dergl. gegeben, leider bloß in zwei Fällen für Lackiröfen. Sehr zahlreich sind die Mittheilungen über Bleierkrankungen, leider sind aber, wie auch in den sonstigen Berichten der Aufsichtsbeamten, die Verhältnisse unserer Berufszugehörigen hierbei nicht berücksichtigt, so daß die Beaufsichtigung eben immer wieder vergeblich werden muß, daß bei einem Vorgehen gegen die Ursache der Bleikolit und der anderen Bleierkrankungen unsere Kollegen unberücksichtigt bleiben werden, wenn wir uns nicht dementsprechend bemühen. Dass sich vieles bessern läßt, geht aus der Mittheilung des Aufsichtsbeamten für Köln hervor, wonach unter dem Druck einer verschärften Beaufsichtigung und nach Überwindung der anfänglichen Schwierigkeiten sich die Krankheiten in den Bleifarbenfabriken erheblich vermindert haben, aber freilich war dies hauptsächlich verschuldet durch eine besonders starke Verkürzung der regelmäßigeren Arbeitszeit. Je geringer eben die Zeit ist, in der die die Gesundheit des Arbeiters untergraben Verhältnisse wirken können, desto geringer wird auch stets die Zahl und die Schwere der Erkrankungen sein. Bleierkrankungen wurden in den Berichten der Aufsichtsbeamten festgestellt in Zellenhäusern, in Dosenfabriken, in Britaniawaarenfabriken, chemischen Fabriken zur Herstellung von Chromfarben und Zinnober, besonders häufig in Bleifarbenfabriken, dann in Bleihütten, keramischen Druckereien, Dachsteinfabriken, Zierdruckanstalten, Zinshütten, Altmulatorenfabriken, Emailierwerken und Bleitapselfabriken. Man sieht demnach, daß die durch die Krankentassen festgestellten Bleivergiftungen der Maler und Lackirer, die in Frankreich und anderwärts zu gesetzlichem Einschreiten geführt haben, von den deutschen Fabrikaufsichtsbeamten vollständig ignoriert worden sind; obgleich nunmehr noch eine Reihe Bestimmungen der Gewerbeordnung auch auf handwerksmäßige Betriebe ausgedehnt worden war und wir in Deutschland auch eine ganze Reihe von Betrieben haben, in denen Maler und Lackirer beschäftigt werden, Betrieben, in denen Bleierkrankungen derselben vorkommen und die unzweifelhaft seit Jahren der Fabrikaufsicht unterstellt sind. Es muß auf dies immer wieder und wieder hingewiesen werden, damit nicht bei den in Ausicht genommenen neuen Bundesratsvorschriften zur Verhinderung der Bleierkrankungen die sehr berechtigten Wünsche der Maler nicht unberücksichtigt bleiben.

Die Verhältnisse der Maler sind speziell nur noch gestreift, in dem Bericht über den Regierungsbezirk Erfurt, wo erwähnt wird, daß die Malergerüsten von Erfurt, die zu Anfang des Jahres 1900 in den Ausland traten zwecks Verkürzung der Arbeitszeit und Festsetzung des Lohntarifes ihre Bewegung erfolgreich beendeten.

* * * * *

Wie unzulänglich der Organismus der allgemeinen Gewerbeaufsicht noch heute ist, geht nach dem "Borvoats" daraus hervor, daß die Kontrolle sich immer nur auf den kleineren Theil der revisionspflichtigen Betriebe erstrecken kann. Nach den Jahresberichten der preußischen Gewerberäthe für 1900 unterstanden in Preußen 132 201 Betriebe mit 2 469 974 Arbeitern der Aufsicht. Revidirt wurden aber nur 50 510 Anlagen. Es waren das vorwiegend die größeren und größten Betriebe, wie sich aus dem Umstande ergibt, daß in diesen 50 510 Anlagen (39 p. 1.) 1 849 992 Arbeiter (75 p. 1.) beschäftigt waren. Von den 50 510 revidirten Betrieben sind im Berichtsjahre nur 7891 zweimal und 3804 dreimal einer Revision unterzogen worden.

Diese unzulängliche Beaufsichtigung ist darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Beamten eine zu geringe ist. Dieser Mangel an Gewerbeaufsichtsbeamten läßt erkennen, daß das ganze Institut der Gewerbeaufsicht immer noch eine geradezu unverzeidliche Vernachlässigung seitens der öffentlichen Gewalten erfährt. An Steuer- und Polizeibeamten, an Unteroffizieren u. s. w. ist niemals Mangel; aber für die durch hohe Kulturinteressen gebotene Ausgestaltung der Gewerbeaufsicht hat man kein Geld. Wie an Volksschul-

lehrern für die Erziehung der Kinder des arbeitenden Volkes, und wie an Fortbildungsschulen für die junge Arbeiterschaft, so fehlt es auch an Beamten zum Schutz der Arbeiter gegen Betriebsgefahren. Das ist sehr traurig!

Auch in anderer Hinsicht ist die Entwicklung der Gewerbeaufsicht fast durchweg eine unbefriedigende. Nach der Absicht des Gesetzgebers für Wahrung berechtigter Arbeitersinteressen gegenüber dem Unternehmertum habe diese Institution von vornherein nicht nur mit der Antipathie der Arbeitgeber, sondern auch mit dem Misstrauen der Arbeiterschaft zu rechnen. Die Arbeitgeber empfinden die Thätigkeit der Aufsichtsbeamten als einen "Eingriff in ihre Selbstständigkeit und Autorität". Die Mehrzahl dieser Beamten aber war bemüht, sich das Wohlwollen der Arbeitgeber dadurch zu erwerben, daß sie sich als Bundesgenossen und Vertheidiger des Arbeitsherrenkums gegenüber der Arbeiterschaft gerieten. Es können aus den seit dreißig Jahren erschienenen Berichten der Aufsichtsbeamten Hunderte von Ausschreibungen gütig werden, die in gebüßtester Weise gegen die Arbeiter, ihre gewerkschaftliche Organisation und deren Bestrebungen sich richten, während die Arbeitgeber parteiisch herausgestrichen werden nach allen Richtungen dieser bewillichen Kunst. Die Arbeitgeber sind die "Barmütligen", die "Gerechten", die "Wohlwollenden", die kein Wässchen trüben können und es "immer nur gut mit den Arbeitern meinen". Die Arbeiter aber sind die "schlecht Verathenen", die "Verhetzen", "Ungerechten" und "Unvernünftigen", die es darauf abgesehen haben, "mit den Unternehmern nicht im Frieden zu leben". Ja, es ist vorgekommen, daß Arbeiter, die sich mit Klagen über Missstände im Betriebe an die Aufsichtsbeamten wandten, von diesen den betreffenden Unternehmern benannt wurden sind, was gewöhnlich ihre Maßregelung zur Folge hatte.

Kein Wunder, daß die Arbeiterschaft den Aufsichtsbeamten mit Misstrauen gegenübertrat. In jedem der Jahresberichte werden darüber lebhafte Klagen geführt. Auch in den meisten Berichten der preußischen Gewerberäthe fehren diese Klagen wieder.

Es ist zu zeigen, daß die berechtigten Gründe für das Misstrauen der Arbeiter heute nicht mehr in dem Maße vorhanden sind, als früher. Im Laufe der letzten Jahre ist ein Theil der Aufsichtsbeamten, erfüllt von wirtschaftlicher und sozialpolitischer Einsicht, ehrlich bemüht gewesen, zu guten Beziehungen zu der Arbeiterschaft zu gelangen, deren Vertrauen zu erwerben. Und nicht ohne Erfolg! Dieser Erfolg ist in sehr erheblichem Maße der Mitwirkung der Arbeiterorganisation zu verdanken, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Beschwerden der Arbeiter an die Aufsichtsbeamten zu übermitteln.

Der größere Theil der Aufsichtsbeamten allerdings will von dieser Mitwirkung der Arbeiterorganisation noch nichts wissen, wie es denn überhaupt leider noch nicht dazu gelangt ist, diese Organisation und ihre Bestrebungen gerecht zu beurtheilen. Auch in den neuesten Berichten der preußischen Gewerberäthe werden wieder etliche sehr ungerechte Urtheile gefällt. Um so wahrhafter ist es, auch auf Erkenntnung der Arbeiterorganisation und ihrer Thätigkeit, speziell auch so weit diese Thätigkeit auf Abstellung von Missständen in Betrieben gerichtet ist, zu stoßen. Den Aufsichtsbeamten wird durch die vermittelnde Thätigkeit der Organe der Arbeiterschaft ihre Aufgabe erleichtert, zu mal diese Organe die eingehenden Beschwerden erst prüfen und nur die begründeten weiter geben. Unter diesem Gesichtspunkte erachtet der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Düsseldorf die vermehrte Fühlung mit der Arbeiterorganisation als eine nützliche.

Wir sind überzeugt, daß die Mitwirkung der Arbeiterorganisation in allen Fragen des durch Betriebsaufsicht zu gewährnden Arbeiterschutzes sich immer mehr ausgestalten muß, denn diese Mitwirkung ist eine der selbstverständlichssten Aufgaben der Arbeiterorganisation; sie ist viel selbstverständlicher, als Mancher zugeben will. Und in absehbarer Zeit wird es dahin kommen müssen, daß Vertreter der Arbeiterschaft mit amtlichem Charakter an der Betriebsrevision überhaupt beteiligt werden.

Die Belastung des Arbeitereinkommens
durch die Getreidezölle ist schon so oft an der Hand zuverlässiger Berechnungen nachgewiesen worden. In unserem Leitartikel in Nr. 34 wurde dargelegt, wie durch die Lebensmittelzölle die ganzen Errungenchaften der Arbeiter in Bezug auf den Lohn zu nichts gemacht werden. Das ist notwendig und muß immer wieder geschehen gegenüber dem Bemühen der Agrarbeamten, glauben zu machen, daß der Schuhzoll eine "Hebung der nationalen Arbeit" bewirken werde, an der auch der Arbeiter teilnehme und daß selbstverständlich, daß *Alles Land den Zoll trägt*. Wie nötig es ist, die Arbeiter vor solchen falschen Freunden zu warnen, geht schon daraus hervor, wie gewisse sogenannte "christliche Gewerkschaftsorgane", sich die redlichste Mühe geben, ihre Mitglieder über die Bedeutung der Zollfrage zu täuschen. So brachte der "christliche Gewerkschafter" in seiner neuesten Nummer es fertig, seinen Lesern folgenden Blödsinn vorzusehen:

"Dass der Zolltarif als Verschlag der Regierung an und für sich auf natürlichem Wege eine so ungeheure Entrüstung hervorrufen könnte, das glaube, wer will. Derselbe dient den politischen Parteien vielleicht als Mittel zum Zweck und besonders die sozialdemokratische Partei findet in denselben ein ausgezeichnetes Agitationsmittel zum "Gimpelgang" und nützt es dementsprechend mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln aus unter dem Motto: die Masse ist bunt! Wir als christliche Gewerkschafter haben vollauf gar keinen Grund, über den Zolltarif in Ektase zu verfallen. Erstens beachtigen wir als wirtschaftliche Organisation keine politischen Zwecke und zweitens glauben wir denn doch, daß den gewählten Volksvertretern so viel Vertrauen entgegengebracht werden kann, um bei den Beratungen, geleitet von dem Grundsatz: leben und leben lassen, das Richtige zu treffen oder herauszutügeln."

Zum Weiteren folgt dann ein Artikel über Getreidezölle aus den "Windhorstblättern", welcher, wie nicht anders zu erwarten, ganz im Geiste eines Agrardemagogen abgefaßt, dafür aber für die Leser dieses Werkes ganz allein als das einzige Wahre hingestellt wird. Dass in diesen Ausführungen in einer unglaublich leichtfertigen Weise "bewiesen" wird, daß die Zölle auf die Getreidepreise keinen Einfluss haben und zweitens daß *Alles Land den Zoll trägt*, versteht sich von selbst. Wenn diese Art "Zollfreunde" wirklich davon überzeugt wären, daß der Zoll auf das Ausland abgewälzt wird, so hätte es ja überhaupt keinen Sinn, Zollforderungen zu stellen. Die Herren sind sich wohl bewußt, daß sie schwindeln; aber sie hoffen — ein Beweis, wie gering sie die Urheilsfähigkeit des Volkes schätzen — mit diesem Schwund die Ausweitung der Thatsache abzutun, daß die Lebensmittelzölle eine unerhörte Belastung der Arbeiterklasse bedeuten.

Diese Belastung — schon so oft nachgewiesen — hat jetzt auch Paul Monbert in einer bei Gustav Fischer-Zena erschienenen Schrift auf Grund reichen statistischen Materials erörtert. Er stützt sich auf 75 einzelne Haushaltungsrechnungen von Arbeiterfamilien und berechnet daraus die Belastung des Einkommens jeder erwachsenen Person durch die heutigen Getreidezölle und ihre Steigerung durch jede Zollerhöhung von 50 zu 50 Δ . Die Durchschnittsbelastung der 75 Familien beträgt beim gegenwärtigen Zoll jährlich 31,79 Mark gleich 3,64 p. 1. des Jahreseinkommens und würde bei je 50 Δ mehr Zoll um 4,54 Δ oder 0,52 p. 1. des Einkommens steigen. Bei einem Zoll von 5 bzw. 5½ Δ würde die Belastung sich dann auf 5,2 bzw. 5,7 p. 1. des Einkommens stellen. Das Durchschnittseinkommen der 75 Familien, auf die sich die Untersuchung erstreckt, betrug 1136,80 Mark. Dies entspricht das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, einem täglichen Verdienst von rund 3,80 Δ . Danach hat der Arbeiter gegenwärtig etwa acht Tage jährlich zu arbeiten, um die seiner Familie aus dem Getreidezoll erwachsenen Lasten aufzudringen. Bei einem Zoll von 5 bzw. 5½ Δ würde die Zeit der Arbeit für den Zoll sich auf 12 bzw. 13 Tage steigern.

In Wahrheit ist für die große Masse der Arbeiterfamilien die Belastung durch die Getreidezölle eine noch viel stärkere; sie wächst in denselben Maße, wie ein geringeres Einkommen die Arbeiterfamilie nötigt, mehr Brod statt anderer Lebensmittel zu konsumiren. Lebrigens ist in der Monbertschen Berechnung das Durchschnittseinkommen auf 1137 Δ ange nommen, und zwar nur rücksichtlich der 75 besagten Familien. Thatsächlich ist das Durchschnittseinkommen der deutschen Arbeiter ein viel geringeres; über 90 p. 1. der Bevölkerung sind auf ein Arbeitseinkommen bis zu 900 Δ angewiesen.

Monbert macht dann zutreffend geltend, daß zum Ausgleich dem Arbeiter nur eine entsprechende Einschränkung des sonstigen Verbrauchs übrig bleibt. Da bei den ungünstigen Wohnungsverhältnissen weitere Ersparnisse auf diesem Gebiet schwer möglich sind, so muß das Opfer im Fleischkonsum und in der Kleidung gebracht werden. Das bedeutet eine erhebliche Verschlechterung der in den guten Jahren mühsam gesteigerten Lebenshaltung, eine Verkürzung der Unzufriedenheit, Verminderung der Leistungsfähigkeit und dadurch wieder Herabsetzung der Konkurrenzfähigkeit deutscher Arbeit auf dem Weltmarkt. Nun wird ja in den Arbeiterfamilien nicht nur an sich schon wenig Fleisch und sonstige animale Nahrung verzehrt; dieser Konsum soll in Zukunft auch noch wesentlich erhöhte Brot-, Fleisch-, Eier- und andere Zölle getragen werden. Der Fleischgenuss wird also schließlich für den Arbeiter infolge dieser Zölle und der Notwendigkeit, mit Rücksicht auf die Brodverhauerung zu sparen, geradezu zur Unmöglichkeit, und die Einschränkung des Konsums muß sich auch auf Brot, Kartoffeln u. dergl. erstrecken. Man erkennt die Aussichten für die künftige Lebenshaltung des Arbeiters!

Bei Interesse ist weiter eine Betrachtung über das Verhältnis dieser Belastung zu den direkten Staatssteuern. Die 75 Arbeiterhaushaltungen, deren Budgets Monbert untersucht hat, stehen mit ihrem Durchschnittseinkommen von 1137 Δ auf der Einkommensteuerstufe von 9 Δ . Ihre Belastung durch den heutigen Kornzoll beträgt gegen 32 Δ ; sie würde bei einem Zoll von 5,50 Δ auf rund 50 Δ steigen — das entspricht der Einkommensteuer für ein Einkommen von 3000 Δ ! Für die einzelne Person bedeutet der heutige

Gebreibejöß eine Belastung, die in den Beispielen Rombergs bis auf 10 p $\%$. bei Nutheits der betreffenden Person am Familieneinkommen steigt; je 50 d $\%$ Höherhöhung würden in dem fraglichen Beispiel die Belastung um 1,44 p $\%$. bei Einkommen-Nutheits steigern. Das ergäbe bei 5 d $\%$ bereits über 17 p $\%$. Damit vergleiche man, daß die höchste Stufe der staatlichen Einkommensteuer 4 p $\%$. bei Einkommen erst bei 100 000 d $\%$ Einkommen erreicht.

Witter im Wille: der Getreidezoll, wie die Lebensmittelzölle überhaupt, ist ein Verbrechen am arbeitenden Volk.

Situationsbericht der Agitationskommission Brandenburg.

Wir wollen einen kurzen Bericht über die Lage im Allgemeinen geben. Nach dem Provinzialtag vom 25. Febr. 1900 sind hinzugekommen zu neuen Filialen bezw. Zahlstellen: Guben, Oranienburg, Straußberg, Wittenberge und Wesselhau. Letztere Filiale hatte sich vorher aufgelöst, weil die Kollegen es für zweckmäßiger hielten, statt der Vereinigung, lieber Meister- und Gesangsvereinen anzugehören. Als dann die Aussperrung kam, da wußte man garnicht, was man sagen sollte, das war unseren Kollegen unverständlich, daß der Unternehmer auch Leute, ohne daß sie es wollten, auf die Straßen sehen kann. Der Kampf währte eine geraume Zeit und in dieser Zeit konnte unser Kollege F. M., der gegenwärtige Bevollmächtigte, getrost und frohen Muthes die Verhältnisse an sich herantunnen lassen. Er war das einzige Mitglied der Vereinigung, als solches bekam er wöchentlich seine Streifunterstützung von unserer Organisation. Als dann die Sache zu Ende war, kamen die Kollegen zusammen und gründeten die Zahlstelle von Neuem. Hoffen wir, daß dieselbe nun fest bestehen bleibt. Von Bedeutung ist dann noch im Vorjahr die Lohnbewegung der Potsdamer Kollegen. Hier wuchs die Mitgliederzahl ganz enorm, als es hieß: streiken. Ohne große Mühe erreichten wir eine Stunde Verkürzung der Arbeitszeit und 45 % Minimallohn. Wie immer, so auch hier, als es erreicht war, zogen sich die Kollegen allmählich wieder von der Organisation zurück. Das hatte zur Folge, daß unsere besten Kollegen gemäßregelt wurden und schon zu Ende des Jahres verschiedene Unternehmer den Tarif durchbrachen. Angesichts der elenden Verhältnisse, der schlechten Konjunktur mußte von weiteren Forderungen für dieses Jahr abgesehen werden. Trotzdem einige Kollegen gerne in den Streit treten wollten, wahrte die Organisation sich ihr Bestimmungsrecht: erst organisieren und dann streiken: Unnützheiten machen wir keine. Gebacht sei hier noch der Handlungsweise unseres früheren Bevollmächtigten Sch. Derselbe, eines unserer ältesten Kollegen, hat in einem Revers dem Unternehmer O. . . . beh- und wehmüthig gesagt, aus der Vereinigung der deutschen Maler auszutreten und niemals wieder derselben anzugehören. Nun, sein Verhalten wird von der Kollegenschaft gebührend geachtet. Recht erfreuliche Fortschritte hat unsere Organisation in Novawes gemacht. Brandenburg kommt augenscheinlich nicht weiter. Viel trägt zweifellos die ungünstige Konjunktur dazu bei, jedoch könnte die Sache besser sein. Im Vorjahr sollte eine Versammlung stattfinden, leider waren kaum die Kollegen vom Vorstand anwesend, so daß nur ein Theil des Stammes der Kollegen zusammen war. Ein guter Tisch fäste die Kollegen alle. So hatten wir denn einen Erzählungssabend, der, wenn das Gesagte befolgt wird, auch Erfüge haben kann. Gebacht sei hier noch der unermüdlichen Thätigkeit des früheren Vorsitzenden, Kollegen H. Beisse, welcher in diesem Jahre verstarb. Sonst können wir wohl von allen Orten sagen, daß die Lage unserer Kollegen überall die gleiche ist. Es ist keine starke Zunahme, aber auch keine Abnahme zu verzeichnen. Eine Ausnahme bildet Lüdenwalde. Hier ist fast gar eine Arbeitsgelegenheit vorhanden, so daß außer unserem Kollegen W. Scheller, welcher, weil gemäßregelt, selbstständig werden mußte, Kollegen eigentlich dort

Die Schädlichkeit der Arbeit.

Über dieses Thema veröffentlichte in einer der letzten Nummern der „Wiener Zeit“ der Leipziger Schriftsteller Rudolf Steinpaul eine interessante Blauberei. Steinpaul schreibt:

"Es nix ungesunner als dat Kranksein", sagt der alte Mecklenburger. Aber ich weiß, was noch ungesunder ist und das Kranksein erst erzeugt; das ist das Arbeiten!

Was hat man nicht alles zum Ruhm des fleißigen Arbeiters gesagt? Wie viele Sprichwörter giebt es, die den Segen der Arbeit rühmen! — Arbeit macht das Leben süß, lindert jede Last, wer nur hat Bestimmniss, wer die Arbeit hasst. Arbeit ist des Bürgers Zierde. Arbeit pflanzt Rosen auf die Wangen. Arbeit ist des Blutes Bassam und der beste Schlaftrunk. Vergleichen paßt gar nicht mehr in unsere Verhältnisse. Die Zeit ist lange vorüber, wo die Arbeit eine Lust und eine Wohlthat war, vorüber wie der goldene Boden des Handwerks. Wenn man einmal das furchtbare Heer der Berufs- und Gewerbekrankheiten, der Staubeinathmungs-Krankheiten, der Gaseinathmungs-Krankheiten, der Eisenbahnen-Krankheiten erblickt, so findet man, daß es fast keine Arbeit auf der Welt giebt, die das Leben nicht verkürzte und nicht über kurz oder lang zu Krankheit und Siechthum führte.

Die Arbeit hat einen Krüppel aus der Menschheit gemacht,
einen Krüppel mit einem Bäckerbein und einer Schusterbrust,
mit einer Steinmauerlunge und einem Waschfrauenherzen,
mit einem Erzierknochen und einem Eisenbahnrückgrat —
das ist die Zierde des Bürgers und die Arbeit, die das Leben
föhrt.

Arbeit ist gut. Arbeit ist nothwendig, um das Leben zu erhalten, das heißt um Brod zu haben und reich zu werden. Aber einseitig und mechanisch, wie sie nachgerade geworden ist, gewährt sie doch nur Brod, indem sie die Gesundheit untergräbt. „Im Schweiße Deines Angesichtes sollst Du Dein Brod essen! — sagt Gott der Herr zu Adam. Der Schweiß ist eine sehr wohlthätige Einrichtung der Natur, zu schwitzen schadet Niemand. Würde der Sündenfall heute wieder beschrieben, so sagte der Herr vielleicht: „Hinsiehend sollst Du Dein Brod essen, das Du mit Deinem Leben erkaufst hast, und Dein Meranilgen soll selbst eine Arbeit sein!“

Dein Vergnügen soll selbst eine Arbeit sein!"

Schäblichkeit der Arbeit! Ich rede hier keineswegs blos von den notorisch giftigen Gewerben, von der Bleiindustrie und der Zündwarenfabrikation, von den Arbeitern in den Arsenalwerken, in den Zinshütten, in den Quecksilberbergwerken, in den Bergwerken und in den Gruben überhaupt. Ich rede auch nicht blos von der Fabrikarbeit und der Industrie im engeren Sinne. Alles Arbeiten ist schäblich; man kann sagen, daß jedem Berufe und jedem Gewerbe eine eigenthümliche Krankheit wie ein Dämon zur Seite geht, und daß nicht einmal der Lumpensammler ohne Habernfrankheit und nicht einmal der Schornsteinfeger ohne Schornsteinfegerkrebs ist. Wenn man sich die Krankheit als den bösen Feind des Menschen Geschlechtes denkt, so nimmt der Teufel je nach der Lebensstellung des Individuums verschiedene Gestalten an. Man könnte eine ganz neue Eintheilung der Krankheiten

nicht arbeiten. Einen besonders erfreulichen Aufschwung hat Berlin gemacht. Nachdem sich im vorigen Jahre eine Anzahl Stollegen von der Zentralorganisation abgesondert und sich in einer „Localorganisation“, nur wahren „Klassenkampf“ predigend, zusammengefunden hatten, war unsere Organisation ca. 350-400 Mann stark. Im Januar d. J. erfolgte dann die Neuwahl der Verwaltungsbeamten. Und man kann hier ohne Überhebung sagen, alle vom ersten bis zum letzten Mann haben gearbeitet, sie wußten, was nothwendig war, sie waren sich über den Ernst der Situation klar. Die Erfolge sind denn auch der gemeinsamen Arbeit zu verdanken und dieselben sind nicht gering, hat sich unsere

maßgeblichen Meinung nach ist die Aufgabe der örtlichen Kartelle, vornehmlich die Organisation der einzelnen Berufe. Nun giebt's verschiedene Orte, wo die Kartellvorstände es nicht einmal der Mühe werth halten, Antwort auf Anfragen zu geben, selbst wenn eine Marke oder Antwortstarte beigefügt ist, geschweige ohne dies, dann wird überhaupt nicht geantwortet. Syltsteinvalde steht an erster Stelle.

60, 9.

Wus unserem Berufe.

Aus Straßburg i. E. berichtet man uns: Wer die hiesigen Verhältnisse nur einigermaßen kennt, weiß, daß wir nicht auf Rosen gebettet sind, der Indifferentismus der Stollegen verbunden mit polizeilicher Okklusion spielt hier leider eine berühmte traurige Rolle. Trotzdem muß anerkannt werden, daß die hiesige Filiale, wenn auch langsam, so doch stetig durch Stammmitglieder sich hebt; die lebigen miserablen wirtschaftlichen Verhältnisse, welche durch den gepfauten Verdiensttarif noch verschlechtert werden sollen, müssen manchen Stollegen zum Nachdenken zwingen. Giebt es doch jetzt schon hier, im Monat August, Arbeitlosen! Daß es aber so kommen mußte, war für Einige Weihte schon lange kein Geheimniß mehr. Es existiren hier weit über 40 p.ßt. ungelerte Elemente, durch welche bewirkt wird, daß gelernte Stollegen im Winter aufs Pfaster gesetzt werden und am Hungertuch nagen müssen. Um diesem Nebelstande abzuholzen, müssen gerade die organisierten Stollegen energisch Front machen, indem sie mehr denn je agitiren, belehren und ausüben. Agitationsstoff giebt es ja so viel, daß man seinen Stopf nicht anzustrengen braucht. Wenn dann nicht zu ratzen, nun, dem ist einfach nicht zu helfen, für den sind die Lebensmittel noch viel zu billig und die Arbeitsbedingungen noch viel zu gut. Die Arbeitszeit ist hier verhältnismäßig gut geregelt und beträgt mit einigen Ausnahmen 10 Stunden, die Lohnverhältnisse aber sind erbärmliche. Von einem Minimallohn keine Spur, jeder Meister zahlt nach Gutdünken. Giebt es doch greise Stollegen, die heute noch um den nämlichen Lohn als vor 20 und 30 Jahren arbeiten, trotzdem die Lebensmittel und Mietpreise während dieser Zeit gewaltig in die Höhe geschraubt wurden. Betreffende Stollegen verdienen täglich in 11 Stunden 3.40 Mf. So wie die Verhältnisse hier, so sind sie im übrigen Elsaß, nur noch erbärmlicher, am allererbärmlichsten aber in Lothringen. Es sind da 12-, 13-, ja, sogar 14stündige Arbeitszeit und Löhne von 3 bis höchstens 4 Frs. an der Tagesordnung. Franc Ullngt in der Aussprache etwas besser wie Matl, wenn auch letztere bei der Lohnauszahlung in Wirklichkeit schwerer ins Gewicht fällt, das thut in Elsaß-Lothringen nichts zur Sache. Die Filiale Colmar hat nun durch einen kräftigen Aufsturm in die vorhandenen Mißstände einen guten Erfolg gezeitigt und trägt den Ruhm davon, den in den Steichsländern zuerst geführten Malerstreit, erfolgreich geführt zu haben. Dieses Resultat ist zweifelsohne für die Fortentwicklung der Organisation in der Südwestermark ein gutes Omen.

Nicht scharf genug kann es gerichtet werden, wenn Kollegen in nichtswürdiger Weise fortgesetzt gegen die Bestimmungen im Lohn- und Arbeitsverhältniß sündigen. Tragen auch die Unternehmer einen grossen Theil Schuld daran, indem mit ihrem Wissen verachtige Vorlommisse sich abspielen, so ist es immerhin ein trauriges Zeichen, sehen zu müssen, wie von den eigenen Mitarbeitern die Beschlüsse der Organisation mißachtet werden. Es mögen ja Manche aus Unwissenheit fehlen, leider hat man es in vielen Fällen mit hartgesottenen Sündern zu thun, welche aus reiner Frivolität die mit schweren Opfern erlämpften Errungenschaften mit Füßen treten, in der edlen Absicht, durch diese Lumpigkeit sich so recht die Gunst des Arbeitgebers zu erwerben. Glücklicherweise nimmt jede Schmarotzerei und Beträtherei den verdienten Ausgang, wovon gewiß unsere

barauf basiren. Nebermann hat die Fehler seiner Vorläufe sagt der Franzose. Jeder hat auch die Gebrechen, ich möchte sagen: den Wurm seiner Profession und seines Standes.

Welt Wurm kennt professionell und seines Standes.
Wir mögen blicken, wohin wir wollen, nach oben, oder nach unten, überall sieht der Wurm. Der Diplomat, der mitunter gezwungen ist, drei Diners nach einander zu absolviren, hat das Pobagras; der Bediente, der halbe Tage lang hinten auf seiner Narosse steht, bekommt das Aneurysma der Kniekehlenarterie. Die gnädige Frau hat die Gicht, ihr Dienstmädchen die Fingerentzündung und ihr Sekretär den Schreibkrampf, während sich die Schneiderfrau von dem vielen Knieen an der Kniescheibe ein Hygrom, das Housemaid'sknee der Engländer, zugezogen hat. Der Proletarier hat das, was man die Proletarierkrankheit nennt, der Kaufmann die Gewürzkrämerkräze.

Der Fall, daß die Krankheit ihren Namen von dem Gewerbe entlehnt, in dem sie gleichsam gezüchtet wird, ist außerordentlich häufig; dadurch kommen eben ganz neue Klassen von Krankheiten zum Vorschein. Wir erwähnten soeben die Gewürzträmer- oder die Spezereihändlerkrähe, worunter man die Schuppenflechte des Handellers versteht. Daneben kennt man noch die Bäckerkrähe, die den Stückten der großen Bäckerei handelt, die Waschfrauenkrähe und verschiedene andere Krähe. Das Bäckerhandwerk ist ein außergewöhnlich schweres, starke Anforderungen an die Gesundheit stellendes; das Kneten und Auswirken des Teiges, das man jetzt in großen Bäckereien Maschinen überläßt, erschöpft die Kräfte des besten Arbeiters so, daß er stöhnen muß: dieses Gestöhnen ist das herkömmliche Zeichen, daß der Geselle sein Möglichstes gethan und den Teig vollkommen durchwirkt hat. Hierauf muß er in gebüxter Stellung am heißen Ofen stehen und die schweren Schieber halten; indem er dabei die Kniee zusammengepreßt und die Beine spreizt, entsteht das habituelle Genus valgum, wobei namentlich das linke Bein nach innen einknickt. Das ist das sogenannte Bäckerbein, mit dem man den entzündlichen Plattfuß der Stellner und der Ladendiener vergleichen kann. Kleine Beschäftigung disponirt endlich in gleichem Grade zur Bronchitis und Herzkrankheiten, wie dieses wichtige Handwerk, dem wir unsere HauptnahrungsmitteL das tägliche Brod, verdanken.

Die Seher, um auch diese nicht zu vergessen, leiden gewöhnlich an Krampfadern, die sie mit anderen Gewerben, mit den Schmieden, den Schlossern, den Maschiniisten, den Tischlern, den Waschfrauentheilen.

Es ist spaßhaft, daß so ein Seher die schwierigsten Manuskripte, aber sich selbst nicht sehen kann, und daß dagegen die sogenannten Vorsteher gewöhnlich Söhne sind. Man sieht aber, schon das bloße Sehen, daß Stehen, daß Knieen bei der Arbeit ist ungesund; wenn nun die Arbeit selbst noch schadet! Wenn sie selbst eine Krankheit ist!

Bergwerken und in letzteren infizieren sie sich mit einem gewissen Wurme, der im Dünndarm des Menschen schmarotzt und Blutungen und Blutarmuth verursacht. Der gefährliche Parasit ist über die alte und neue Welt verbreitet und scheint zunächst in Bergwerken vorzukommen. Auch beim Bau des Gotthardtunnels hat man ihn in den 70er Jahren beobachtet und daher die Krankheit auch Tunnelkrankheit oder Gotthardkrankheit getauft. Genau besehen hätte sie also mit der Ziegelbrennerei als solcher gar nichts zu thun und wäre nur zufällig zu dem Betriebe gekommen, mithin eher den sogenannten endemischen Krankheiten zuzuzählen, die nicht sowohl an gewisse Gewerbe gebunden sind. Freilich lassen sich die Gewerbe vom Boden ebenso wenig trennen, wie die Nationen, nach denen man die Krankheiten klassifizirt.

Für viele Länder ist eine Krankheit typisch: die Cholera für Ost-, das Gelbe Fieber für Westindien, der Bandwurm für Abessinien, der Weichselzopf für Polen, der Gallenstein für Schwaben, das Pellagra für Oberitalien, die Augenentzündung für Egypten. Dagegen kommen in den kälteren Klimaten Ohrenkrankheiten viel häufiger vor, als in den wärmeren. Oft wird nun die Krankheit schlechthin nach dem Volke benannt, wie vorhin nach dem Handwerk, z. B. nach den Franzosen; man spricht in England geradezu von dem irischen Fieber, indem man den Typhus meint, in Deutschland von dem englischen Schweiß und von der englischen Krankheit, weil das feuchte England ein Nährboden der Rhachitis ist. Bleiben wir einmal bei England, es ist überhaupt ein ausnehmend ungesundes Land und steht in dieser Beziehung obenan.

Man denkt vielleicht, die Engländer haben nur den Spleen oder das Mailwaysspine. Mit Richten; das englische Volk ist physisch mehr heruntergekommen als irgend ein anderes in Europa. Nirgends giebt es so viele Krankheiten der Verdauungsorgane als in England; es ist dies eine von den Engländern selbst zugegebene Thatssache, die Mr. Samuel Smiles, gewiß ein unverdächtiger Zeuge, aus der Barbarei der englischen Küche erklärt. Die Ursache liegt darin, sagt er wörtlich in seinem Buche über die Sparsamkeit, im 15. Kapitel, daß in keinem anderen Lande die Menschen so viel schlecht zubereitete Nahrung essen. Er hätte noch hinzufügen können: den Magen mit so vielen schäblichen Gewürzen und Saucen reizen, so viel Muskatnuss reiben, so viele Mix'd Pickles brauchen und so schlechten Staffee trinken. England liefert die meisten Gichtkranken, die meisten Steinkranken, die meisten Aneurysmen in Europa; nirgends wird so viel gestottert wie in England, und in den englischen Städten giebt es nach den Beobachtungen eines Londoner Arztes ganze Krebsstraßen und Krebshäuser. Natürlich ist auch der sogenannte Schornsteinfegerkrebs den Engländern eigenthümlich. Was Wunder, wenn in diesem Lande, das zugleich ein großer Fabrikstaat ist, nun auch die Gewerbeleute üppig ins Kraut schießen, und der Arbeiter sich am Ende mit einem Rasirmesser den Hals durchschneidet und auf einen Zettel schreibt: „Was ist das Leben? Arbeiten und Ausruhen, Essen und Schlafen, Kranksein und wieder gesund werden, ich hab's satt!“

Leher sich öfters überzeugt haben. Nach dem empfangenen Besuch ist die allgemeine Verachtung.

In Dresden hatten unsere Kollegen Anlaß über zwei unterschiedliche Kollegen Klage zu führen, welche bei Herrn Treier im Arbeitshaus arbeiten. Die Beiden hatten einen Alters überwannen, wozu sie zwei Leute aus der Herberge holten, welche ganz erbauliche Löhne gezaht wurden. Traurig genug, daß der Arbeiter vom Unternehmer schon genug ausgenutzt wird, desto schimpflicher aber, wenn der Arbeiter von seinem Mitarbeiter um den wohlerverdienten Lohn eben um einen Theil bestreben betrogen wird.

Ebenso wurde gesagt, daß bei Herrn A. Großer, Dresden, Köpfergasse, bloß in Altkorb gearbeitet wird. Die lieben Kollegen, die da arbeiten, schämen sich nicht, Morgens um 6 Uhr auf der Bude vorzukommen um das nötige Material mitzuschleppen, wie wohl für die Zeit von 6-7 Uhr nichts bezahlt wird. Täglich können wir lernen lernen: Das der "Unterstand der Massen" unser grüter Feind ist. Diesen zu bekämpfen, sei unsere vornehmste Aufgabe.

Die Düsseldorfer Handwerkskammer hat am 15. August in einer Vollversammlung festgestellt, daß Maler (Austrieker), Glaser, Lackierer, Tapetierer und Vergolder als verwandte Gewerbe im Sinne des § 129 u. Abs. 3 der G.-D. anzusehen seien. Die Dauer der Lehrzeit habe mindestens drei Jahre zu betragen.

Der Unglücksfall auf dem Ostbahnhof in Königsberg i. Pr., von dem wir in voriger Nummer berichteten, wird für die beiden Schwerarbeiter, wenn sie wirklich mit dem Leben davontkommen, was noch sehr zweifelhaft ist, wahrscheinlich teilweise Gewerbsunfähigkeit zur Folge haben. Der weniger Beteiligte soll sich auf dem Wege der Besserung befinden. Nach allem, was man bisher von beteiligten Personen hört, scheint die Schuld an dem Unfall zum größten Theil auf mangelhaftes Material sowie ungenügende Vorbereitung des Gerüstzuges zurückzuführen zu sein. Der Arbeitgeber ist natürlich nicht haftbar. Die Arbeiter werden im günstigsten Falle mit einer ungünstigen Rente abgesetzt und die Sache ist erledigt. Das ist Arbeitsschizo.

Das Landgericht Traunstein hat den Maler Joh. Brunhuber aus Freising zu 3 Monat 15 Tage Gefängnis verurtheilt, weil derselbe in Rosenheim 57,64 M. Mitgliederbeiträge unterschlagen hat.

Lohnbewegungen.

Neber nachfolgende Werkstätten ist die Sperr verhängt; Bremen: v. Hoorn, Mansenstraße 49; Hoy u. Sohn, Kölnerstraße; Singen i. Bad.: Carl Pfeiffer. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß die Firma Dellers u. Siegenthaler in Davos (Schweiz) gesperrt ist.

Wie uns aus Davos gemeldet wird, haben trotz der Sperr Hoch- und Hamburg, Julian-Tirol, Mölln-Tirol, Sorrapera-Tirol und Capitani-Schweiz bei Dellers & Co. gearbeitet und sind deshalb aus dem Schweizerischen Verband ausgeschlossen worden. Sogar nach auswärtigen Kollegen schrieb man, um dort anzufangen; es sind auch einige aus Italien und Hamburg dort eingetragen. Die Namen dieser Streitbrecher werden alsbald veröffentlicht werden.

Versammlungs-Berichte.

Berlin I. Am 13. August tagte im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses die von ca. 200 Personen besuchte Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagessitzung gedenkt der Vorsitzende Kollege Lint in warmen Worten des vor einem Jahre verstorbenen Reichstagsabgeordneten Liebknecht, „unseres Alten“, wie er kurzweg genannt wurde. Die Anwesenden erheben sich zu Ehren des Todten von den Plätzen. Zum ersten Punkt referierte an Stelle des verhinderten Reichstagsabgeordneten Schippel, Herr Heimann über: „Weltvermehrung“. Der Referent kommt am Schluß seines interessanten Vortrages zu dem Resultate, daß die Frage der Weltvermehrung für die vorwärtsreichende Arbeiterbewegung keineswegs eine brennende sei. Nach kurzer Diskussion geht Stoll, Plum die Abrechnung vom anwaltigen Stiftungsfeste, wonach ein Überdruck von 63,73 M. bleibt. Von Kollegen Hammer wird hierauf gegen den Kollegen Lint ein Tabellobotum beantragt. Nach stürmischer Debatte und dreimaliger Abstimmung wird dasselbe mit 41 gegen 38 Stimmen angenommen. (Die Filiale hat gegen 1300 Mitglieder!) Kollege Lint erklärte in Folge dessen, nicht mehr weiter als Vorsitzender fungiren zu können und legt darauf sein Amt nieder.

Charlottenburg. Am 22. August tagte im Lokal des Herrn Werner eine öffentliche Malerversammlung mit der Tagessitzung: „Was wollen die Lokalorganisationen?“ Es hatten sich, wie vorauszusehen, einige Kollegen der lokalen Mietlung eingefunden. Der Referent Kollege Clemming beleuchtete in seinem Vortrag zunächst den Entwicklungsgang der deutschen Gewerkschaftsbewegung und hob hervor, daß während der Zeit des Sozialistengesetzes, wo von Seiten der herrschenden Klasse die Zentralverbände aufgelöst wurden, die Lokalorganisation zweifelhaft war. Dagegen heute, wo alle Interessengruppen dahin streben, sich möglichst zu zentralisieren, bieten die Lokalorganisationen dem Arbeiter zwecks Erstrebung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sehr geringe Vortheile. Neben mißbilligt des Weiteren die Schreibweise der lokalen „Gewerkschaft“, welche dahin geht, die Kollegen der Vereinigung herunterzuziehen. Dieses könne doch nicht dazu dienen, dem Unternehmerthum die Stärke der „Gewerkschaft“ zu zeigen. Gerade jetzt, in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, müßten die Arbeiter wie ein Dammlid dem Unternehmerthum gegenübertreten. Referent ermahnt zur Einigkeit und fordert die Kollegen zum Beitritt in die Zentralorganisation auf, da diese, seiner Meinung nach, die beste und wirksamste Form der Organisation ist. Während des letzten Theils des Vortrages erhob sich unter den Lokalisten, ein Reichen des parlamentarischen „Taktes“, eine große Unruhe, so daß der Vorsitzende mehrmals Veranlassung nahm einzutreten, die Herren zur Ruhe zu ermahnen. Auch die Wogen der Diskussion gingen stürmisch. Während die Kollegen Genz und Berndt von den Lokalen sich sachlich verhielten, war es ein gewisser Wiener, der die Ausführungen des Referenten zu verdrehen suchte. Neues brachten die Lokalen nicht vor, als wie das alte Lied von der Diktatur der Hauptvorstände der Zentralverbände. Von unserer Seite beteiligten sich hauptsächlich die Kollegen Maiale und Griesmeier an der Diskussion, die ebenfalls Veranlassung nahmen, das Verhalten der Lokalen zu kritisieren. Nachdem sich die Diskussion bis 1½ Uhr hingezogen, nahm die Ver-

sammlung mit großer Majorität folgende Resolution an: „Die heute am 22. August tagende öffentliche Versammlung der Maler und verw. Berufsgenossen für Charlottenburg und Umgebung erkennt nach den Ausführungen des Referenten die Lokalorganisationform als die ungeeignete zur Errichtung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse und empfiehlt den Kollegen, so weit dieselben noch nicht organisiert sind, den Eintritt in die Vereinigung der deutschen Maler und verw. Berufsgenossen. Des Weiteren protestieren die Anwesenden ganz energisch gegen die gehässigen Angriffe und Verunglimpfungen, die gegen einzelne Kollegen der Vereinigung und der gesammten Zentralorganisation im Allgemeinen gerichtet sind, denn hiervom haben nicht die Kollegen, sondern nur unser Unternehmerthum den Vortheil.“

Neustadt a. d. H. Am 19. August fand hier seit langer Zeit wieder eine Versammlung statt, in welcher Kollege Tobler aus Hamburg über: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die Notwendigkeit einer Organisation in unserem Berufe“ referierte. Es waren ca. 30 Kollegen anwesend, von denen 28 organisiert sind. In 1½stündigem Vortrage entließ sich der Redner seiner Aufgabe und erntete reichen Beifall. U. A. führte Kollege Tobler an, sich der Zentralorganisation anzuschließen, da diese allein im Stande ist, ihren Mitgliedern in vorkommenden Fällen segensreiche Unterstützung zu gewähren, zu der die Lokalvereine doch nie im Stande sind. Daß auch hier im Malerhandwerk noch Vieles zu bessern ist, bewiesen die Mitstände, welche nach dem Vortrage von verschiedenen Kollegen aufgedeutet wurden. So z. B. werben von unorganisierten Kollegen Altarbeiten zu Schuhpreisen übernommen, so daß diese Herren 11, ja auch 12 Stunden schuften müssen, um wenigstens ihren Tagelohn zu verdienen. Auch die Lehrlingszüchterei wurde zur Sprache gebracht, so müssen dieselben in einer Werkstatt um 1½ Uhr Morgens raus und arbeiten bis Abends 8 Uhr. Überhaupt ist seit der vorjährigen Lehrlingsbewegung wieder Vieles ins Schwanken gekommen, was aber meistens daraus zurückzuführen ist, weil die Kollegen, nachdem sie die paar Geschosse mehr verdienten, der Organisation den Rücken kehren. Nachdem sich zwei Kollegen hatten aufnehmen lassen, erinnerte der Vorsitzende alle Kollegen, trenn und fest zusammen zu halten, zum Wohl der Gesamtorganisation und der Fälsche in Neustadt.

Stralsburg i. S. In unserer Generalversammlung vom 20. Juli ergänzte sich der Vorstand um zwei Stellvertreter, ebenso wurde der provisorisch thätige Bevollmächtigte einstimmig bestätigt. Der Vorstand besteht aus folgenden Kollegen: G. Schleicher, Vorsitzender, H. Göller, Kassier, P. Knell, Schriftführer, A. Krahn und W. Egert, Stellvertreter. Revisoren sind A. Schuler und Bomert. Die Haushaltung und Entlastung bevorzugt Kollege Egert. Ebenso wurde gleichzeitig eine Agitationskommission gewählt, in der darauf folgenden Versammlung aber beschlossen, uns aus verschiedenen Gründen auf eigene Füße zu stellen und ein provvisorisches Agitationskomitee für Elsaß-Lothringen zu wählen, vorbehaltlich der Genehmigung des Hauptvorstandes. Dieses Komitee setzt sich folgendermaßen zusammen: G. Schleicher, Obmann, Paul Schröder, Wilh. Egert und A. Schuler. Wollen wir hoffen, daß wir durch diese Institution mehr Fortschritte machen, als bisher und möglicherweise zur Überzeugung gelangen, daß nur durch geschlossenes Vorgehen in unserer Organisation bessere Lebensbedingungen geschaffen werden können, darum auf Ihr noch Fernstehenden! Hinein in die Organisation!

Gewerkschaftliches und Soziales.

Bei einem ungeahnten Erfolg bei einer willkürlichen Lohnherabsetzung kann die Steinseherzeitung melden. Die Firma Julius Berger in Bromberg hat schon wiederholt den Versuch gemacht, Lohnherabsetzungen vorzunehmen, so auch wieder am 12. August. Die Steinseher legten daraufhin die Arbeit nieder, wodurch der ganze Betrieb zum Stillstand kam. Erfreulicherweise ließ sich in diesem Falle die städtische Baubehörde, die von dem Unternehmer provozierte Arbeitsstopfung nicht allzu lange gefallen, sondern übergab die Arbeiten kurzerhand an eine andere Firma, welche auch sofort die ausständigen Steinseher und die in Folge des Ausstandes arbeitslos gewordenen übrigen Arbeiter zu den bisherigen Lohnfächern weiter beschäftigte. Der Streik hatte somit nach dreitägiger Dauer einen für Herrn Berger sehr fatalen Ausgang genommen. Es wäre zu wünschen, daß allen Unternehmern, die in frivoler Weise Lohnkürzungen vornehmen, eine ähnliche Lektion erteilt würde. Die Danziger Lohnräuber würden wohl in erster Reihe in Betracht kommen.

Im Generalsstreit der Faschendarbeiter ist, wie der Vorstand des Verbandes meldet, noch keine Wendung eingetreten. Es waren zwar mit dem Fabrikanten von Brunsenhausen Unterhandlungen im Gange, doch konnten dieselben zu keinem Resultat führen, weil sich derselbe entschieden weigerte, Arbeiter von Nienburg einzustellen. Die Haltung der Streitenden ist an allen Orten fest, es gelingt den Fabrikanten trotz Aufbietung aller Mittel nicht, die Kämpfernden wahllos zu machen. Von den Streitenden ist bis jetzt, nach vier Wochen röchendem Kampf, noch nicht ein Kollege abgesetzt. Ganz besonders bewunderungswürdig ist die Haltung der Arbeiter in Gerasheim, denn in der dortigen Fabrik waren Angehörige verschiedener Nationen beschäftigt und es war deshalb schwer, allen die allgemeine Lage verständlich zu machen. Eine feste Haltung nehmen die Kollegen in der Fabrik von Porta-Westfalica, ebenfalls sehr gehörig, ein. Die Bekanntgabe, daß Heute den vorigen Betrieb, in dem 380 Glasarbeiter beschäftigt werden, liegen lassen will, wurde in der Versammlung mit allgemeiner Freiheit aufgenommen. Die Einmühligkeit der Kämpfernden ist also nicht zu fören. Das Unternehmerthum ist deshalb nach dem Ausland gegangen, um sich Flaschen anfertigen zu lassen. Die Herren haben aber die Rechnung ohne die deutschen Glasarbeiter gemacht. Die Firma in Braudewe sandte zehn Formen der Brauerei Kölper in Elberfeld nach Klein-Auzeug in Böhmen, um Flaschen anfertigen zu lassen. Mit der größten Einmühligkeit verweigerten die dortigen Kollegen die Arbeit und so mußten die Formen zurückgeschickt werden. Die Schultheiß-Brauerei hat größere Aufträge an eine Fabrik abgegeben, die nicht dem Ring der Fabrikanten angehört und in der die Forderungen der Arbeiter bewilligt sind. Es wäre doch der genannten Brauerei zu empfehlen, darauf hinzuwirken, daß der Streit durch Einstellung von Nienburger Arbeitern in Klinghütten beigelegt wird. Eine Schierigkeit für die Streitenden ist noch immer die leidige Wohnungsnöthe. Am 1. September müssen an verschiedenen Orten wieder Wohnungen geräumt werden, jedoch ist schon Ertrag geschafft und für die Umliegungskosten ist bereits gesorgt worden. Wenn die Unterstützung durch die gesamte Arbeiterchaft nach wie vor eine gute ist, dann muß der Glasarbeiterkampf Sieg werden. Hat aber die Organisation den Sieg errungen, dann wird dieselbe es auch der gesamten Arbeiterchaft nie vergessen, welche Unterstützung ihr zu Theil geworden ist. Der Arbeiterpartei werden durch

diesen Sieg dann Kaufsache neuer Streiter ausgeführt werden.

An einem hartnäckigen Streit befinden sich die Firmen in Möln a. N. Das Gewerbegericht als Einigungsinstanz, welches von den Gesellen angerufen wurde, haben die Zimmermeister in ihrer Branchehaftigkeit abgelehnt. Also muß der Kampf in seiner ganzen Schärfe weiter geführt werden.

Die Aussperrung der Tabakarbeiter in Nordhausen dauert noch fort. Der Kontakt ist über folgende Firmen verhängt worden und muß streng durchgeführt werden: C. A. Kneiss, G. Redderse, H. A. Hammer, Berlin & Lang, H. & M. Wittig, Hollard & Comp., J. C. Lerche, Salzfeld & Stein.

Die Gewerkschaften in Frankfurt a. M. können nun mit Stolz auf ihr neues Heim hinausblicken, welches am 17. August eingeweiht wurde. Das Gewerkschaftshaus, im alten Industrieviertel entstanden, bedeckt mit seinen beiden Flügeln am Schwimmbad und an der Stolzstraße, sowie mit Querbau und Garten einen Flächenturm von 12.456 Quadratfuß, dessen Errichtung 227.000 M. kostete. Die Bauzeit beanspruchte netto ein Jahr, die Kosten beliefen sich insgesamt auf 177.000 M. Die Einweihung ist gleich dem in Berlin auf das vorzüglichste. Wir wollen hoffen, wie die „Wolfsburg“ schreibt, daß sich das Gewerkschaftshaus in nicht allzu langer Zeit als zu enge erweisen wird, darum Frankfurter organisierte Arbeiter, seid und bleibt Euch eurer Sämpfung bewußt. Heraus aus dem Schmalzwickel bei kleinstlichen Anlässen, herunter vom Herzogen begrundete Beschwerden, aber stets im Auge Eure Pflicht als Organisierte diesem Stolzen Unternehmen gegenüber.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich, wie die Berliner Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“ zu melden weiß, im Juli wesentlich verschlechtert. Alles den Bezirkten des Bergbaus, der Eisen- und Maschinenindustrie werden Feiertage, Entlassungen und Lohnkürzungen gezeigt, wobei bestätigt wird, daß nach einer kurzen und kleinen Erholung der Rückgang wieder in erhöhtem Maße eingestellt hat. Während im vorigen Jahre, als der Umschlag der Konjunktur sich zum ersten Male auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machte, der Rückgang der beschäftigten Arbeiter im Monat Juli nach dem Ausweisen der die Berichterstattung der genannten Zeitschrift angeschlossenen Krankenfassen 0,3 p.ß. betrug, ist im Juli dieses Jahres trotz stark verminderter Arbeiterbestände einplus von 0,5 p.ß. zu verzeichnen. Entsprechend dieser Abnahme der beschäftigten Arbeiter ist auch der Antrag von Arbeitssuchenden an den öffentlichen Arbeitsnachweis gestiegen. Im Juli vorigen Jahres kamen auf 100 offene Stellen 122,2 Arbeitssuchende; im Juli dieses Jahres liegt der Antrag aber auf 160,9. Von den Arbeitsnachweisen wird namentlich vermehrter Antrag von Metallarbeiter und Bauarbeiter gemeldet. Für Letztere bleibt eine Wendung zum Besseren bei Beginn der Herbstbauten wenigstens an manchen Orten noch möglich.

Wer sind denn eigentlich die Streikenden? Junge, irre geführte Leute, die meistens doch nichts zu verlieren haben. So ähnlich lauten die beliebtesten Schlagwörter im Kreise der Unternehmer. Nun kommt einmal aus gegnerischem Lager darüber eine vernünftige Ansicht zur Geltung, indem die Tägl. Mundschau nachweist, daß die jüngeren Arbeiter sich nicht häufiger an den Streiks beteiligen, als die älteren, da die bei den Streiks vorkommenden verschiedenen Altersstufen mit der Zahl der Beschäftigten im Einlang stehen. Man kann sagen, heißt es weiter, daß Gegenheit ist der Fall.

Es ist sehr erfreulich, daß nunmehr die Statistik diesem Geschehen ein Ende gemacht hat. Nicht uninteressant ist auch die weiter durch die Statistik erwiesene Thatsache, daß nur ein Fünftel, es ist nicht einmal ein Fünftel, aller Streitenden kontraktbrüchig war. Man kann danach sagen, daß die weitaufliegende Mehrzahl der Arbeiter selbst bei so zwingendem Anlaß, wie ein Streik ihn zumeist bietet, vom Kontraktbruch nichts wissen will. Wenn in Folge der Ausstände bei 150.000 am Streik beteiligten Arbeitern 2500 nicht am Streik beteiligte zum Ausscheiden der Arbeit gezwungen wurden, so erscheint man auch daraus, daß die Phrase vom Schutz der Arbeitswilligen, die die Unterlage für die sogenannte „Buchhausvorlage“ abgab, sehr wenig Inhalt hatte. Um so weniger, als die 2500, ein Sechzigstel der Gesamttheit ihrer Kameraden ohne jede Einschränkung teilnahmen. Würde man im Falle eines Streiks befürchten, daß bei einem Siege nur Diejenigen, sagen wir, höheren Lohn erhalten sollen, die mitgemacht haben, dann würden die 2500 noch arg zusammenschmelzen.

Gerichtliches.

Eine wichtige Entscheidung fällt kürzlich das Gewerbegericht in Leipzig. Der Sachverhalt war kurz folgender: Der Maurer P. lagte gegen den Bauunternehmer G. in Lindenau auf 2,50 M. Lohn. Das Arbeitsverhältnis konnte beiderseits laut Vereinbarung ohne Kündigung gelöst werden. Der Kläger macht aber geltend, daß das Arbeitsverhältnis nur nach Schluss der Tagesarbeit von beiden Seiten gelöst werden könne, indem der Tag als Einheit zu betrachten sei. In Folge dessen durfte die Entlohnung nicht mitten in der Arbeitszeit geschehen. Der Kläger wurde mit seiner Klage abgewiesen. In der Begründung des Urteils heißt es: Das Gewerbegericht hat der Auffassung des Klägers, die auch vom Gewerbegericht Berlin geteilt wird, daß der Arbeitstag als Einheit aufzufassen sei und daher bei der vertragsmäßigen Abrede des Ausschlusses einer Kündigungsfrist nur nach Beendigung der Tagesarbeit die Auflösung des Arbeitsverhältnisses erfolgen dürfe, nicht beitreten können. Es hat vielmehr der Ansicht des Beklagten beipflichten müssen, daß es im Sinne der Parteien, die die erwähnte Abrede getroffen haben, gelegen habe, die Lösbarkeit des Arbeitsverhältnisses jederzeit herbeizuführen zu können.

Wie von dem Fachverständigen Beithner H. ausgeführt worden ist, ist im Maurergewerbe überhaupt nur eine andere Auffassung zu Tage getreten. Es wird auch eine große Härte bedeuten, wenn beispielsweise ein Maurermester mit 50 Arbeitern gezwungen wäre, diesen nach einstündigem Arbeit den ganzen Tagelohn zu zahlen, also nachdem sie eine Stunde gearbeitet hätten und alsdann durch eintretenden Regen an der Weiterarbeit verhindert gewesen wären. Genauso um solche unerträgliche Härten zu befreiten, pflegt man im Baugewerbe so ziemlich allgemein den Ausschluß der Kündigungsfrist zu vereinbaren. Durch dieses Urteil des Leipziger Gewerbegerichts hat eine neue Auffassung in gewerblichen Rechtsprechung Boden gefunden. Den Arbeitern muß daher, damit die Beseitigung der den Unternehmer auferlegten „unerträglichen Härten“ nicht selbst die Geschädigten sind, die größte Vorsicht beim Abschluß von Arbeitsverträgen nahegelegt werden.

